

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am**  
**27.06.2018 im Nordwestdeutsches Schulmuseum Zetel-Bohlenbergerfeld,**  
**Wehdestraße 97, 26340 Zetel**

---

**Beginn:** 14:00 Uhr

**Ende:** 15:37 Uhr

**Teilnehmer/innen:**

Mitglieder

Ambrosy, Sven  
Bastrop, Heide  
Bittner, Kathrin  
Bödecker, Anne  
Chmielewski, Iko  
Damm, Jens  
Eilers, Claus  
Esser, Martina  
Funke, Karl-Heinz  
Gburreck, Fred  
Haesihus, Heiner  
Harms, Ronald  
Homfeldt, Axel  
Janßen, Dieter  
Just, Janto  
Kaiser-Fuchs, Marianne  
Krettek, Thorsten  
Kühne, Lars  
Kujath, Dörthe  
Lies, Olaf  
Loers, Diedrich  
Michaelis, Friedhelm  
Müller, Alfred  
Neugebauer, Axel  
Nieraad, Peter  
Onnen-Lübben, Reinhard  
Osterloh, Uwe  
Pauluschke, Bernd  
Ramke, Michael  
Ratzel, Gerhard  
Recksiedler, Raimund  
Schlieper, Ulrike  
Schönbohm, Heiko  
Sudholz, Melanie  
Tammen, Reiner

Ulfers, Holger  
Wilken, Wilhelm  
Wittke, Agnes  
Zerth, Britta  
Zerth, Stephan  
Zillmer, Dirk

Angehörige der Verwaltung  
Dehrendorf, Martin, Dr.  
de Vries, Britta  
Karmires, Nicola  
Vogelbusch, Silke

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Pauluschke eröffnet die Sitzung im Nordwestdeutschen Schulmuseum, begrüßt besonders Zetels Bürgermeister Heiner Lauxtermann und heißt die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Gäste herzlich willkommen.

Das Nordwestdeutsche Schulmuseum befindet sich seit nunmehr 40 Jahren in dem 1903 erbauten Schulgebäude. In dem Klassenzimmer, in welchem damals bis zu 80 Schülerinnen und Schüler untergebracht waren, nehmen am heutigen Tag die Abgeordneten des Kreistages ihren Platz ein. Die Hausherrn des Schulmuseums sind der Erste Vorsitzende des Fördervereins Herr Hoinke (verhindert) und die Geschäftsführerin Frau Ahlborn.

Herr Bürgermeister Lauxtermann begrüßt den Kreistag in der Gemeinde Zetel. Er hebt besonders die Zusammenarbeit der Gemeinde Zetel und des Landkreises Friesland zur Unterstützung des Schulmuseums hervor. Zudem lobt er das ehrenamtliche Engagement der Bohlenbergerfelder, die sich maßgeblich für das Schulmuseum einsetzen. Des Weiteren bedankt er sich im Voraus hinsichtlich der heute zu beschließenden Kostenbeteiligung im Elementarbereich.

Frau Ahlborn begrüßt alle Anwesenden im Namen des Schulmuseums und gibt einen Ausblick zur Entwicklung des Hauses. Dabei ist ihr besonders der Erhalt des Archives wichtig.

Für die Übernahme der Verzehrkosten durch das Schulmuseum und die entstandenen Mühen, die anschließende Fußballübertragung zu organisieren, bedankt sich der Kreistag mit einem Blumenstrauß bei Frau Ahlborn und einer Spende an den Förderverein in Höhe von 250,00 Euro für die Finanzierung des Schulmuseums.

Ebenfalls einen Blumenstrauß bekommt Herr Landrat Ambrosy mit Glückwünschen zu seiner Hochzeit überreicht.

Im Anschluss hält Kreistagsvorsitzender Pauluschke einen Nachruf auf den am 23.05.2018 verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten und Bürgermeister Herbert Lahl. Der Kreistag hält sodann für eine Gedenkminute inne.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Abwesend sind KTA Dieter Behrens-Focken und KTA Walter Langer.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

### **TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14. März 2018**

Die Genehmigung der Niederschrift vom 14.03.2018 wird auf die nächste Sitzung des Kreistages am 18. Oktober 2018 vertagt.

### **TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde wird von zwei Gästen in Anspruch genommen.

Als erstes erklärt eine Bürgerin aus Schortens-Stummeldorf ihr Anliegen anlässlich des TOP 6.4.2 „Änderung der Verpackungserfassung im Landkreis Friesland“; hier: Einführung der Wertstofftonne.

Sie erkundigt sich nach einer Ausnahmelösung zur Bereitstellung der Tonne am Abfuhrtag. Um die Tonne am Abfuhrtag an dem für sie geltenden Abfuhrort bereitzustellen, müsse sie mit der Tonne eine Wegstrecke von ca. 400 m zurücklegen. Zudem hält sie bei der in Rede stehenden Wertstofftonne ein höheres Gewicht als bei der Papiertonne für möglich. Ihr persönliches Anliegen ist es, entweder eine Alternative zur Wertstofftonne oder eine Ausnahmeregelung zur Abfallentsorgungssatzung des Landkreises (vergleiche Altpapierentsorgung) zu erwirken.

Herr Landrat Ambrosy führt hierzu die ihm vorliegenden Gewichtsangaben zur Wertstofftonne im direkten Vergleich zur Papiertonne bei einer 4-wöchentlichen Leerung aus. Für die Wertstofftonne wird am Leerungstag ein Gewicht von rund 15 kg zu Grunde gelegt, während die Papiertonne am Tag der Leerung durchschnittlich ein Gewicht von ca. 30 kg, somit die doppelte Menge, aufweist. Der Bürgerin sagt Landrat Ambrosy eine Prüfung und Bearbeitung ihres Anliegens durch die Kreisverwaltung zu; er könne sich eine ähnliche Ausnahmeregelung analog zur Altpapierentsorgung vorstellen.

Sodann meldet sich ein Bürger aus Zetel-Bohlenbergerfeld zu Wort und erläutert sein Anliegen in Bezug auf das Wasserschutzgebiet Zetel. Er rügt die mangelnde rechtliche Aufklärung in Bezug auf das Auslaufen der 40 jährigen Grundwasserentnahmegenehmigung der Gas- und E-Werke.

Hierzu überreicht er Herrn Landrat Ambrosy eine Abschrift seines Antrages an die Kreisverwaltung vom 08.06.2018. Ihm wird zugesagt, dass sein Antrag dem entsprechenden Fachbereich der Kreisverwaltung zur Bearbeitung weitergeleitet wird.

## **TOP 6    Öffentliche Berichte und Vorlagen**

### **TOP 6.1   - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 11. April 2018**

#### **TOP        Benennung von Mitgliedern in der Gesellschafterversammlung 6.1.1       JadeWeserAirport GmbH               Vorlage: 0405/2018**

Frau KTA Schlieper und Herr KTA Damm benennen die Mitglieder und Vertreter ihrer Gruppe/Fraktion wie aufgeführt.

#### **Beschluss:**

Gem. § 138 Abs. 1 NKomVG werden folgende Vertreterinnen und Vertreter des Gesellschafters Landkreis Friesland in die Gesellschafterversammlung der JadeWeserAirport GmbH entsandt:

#### Mitglied:

Landrat Sven Ambrosy  
KTA Michael Ramke  
KTA Gerhard Ratzel  
KTA Peter Nieraad

#### Vertreter:

EKRin Silke Vogelbusch  
KTA Dörthe Kujath  
KTA Ulrike Schlieper  
KTA Dirk Zillmer

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

### **TOP 6.2   - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 25. April 2018**

#### **TOP        Verlängerung des Bestandschutzes für den Sekundarbereich der 6.2.1       Förderschule Lernen               Vorlage: 0419/2018**

Herr Landrat Ambrosy erläutert, dass der Beschluss bereits abschließend im Kreisausschuss am 25. April 2018 getroffen wurde, jedoch fordert das Nds. Kultusministerium darüber hinaus einen Kreistagsbeschluss. Es wird daher hierzu ein formaler Beschluss gefasst.

#### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.04.2018 bei der Nds. Landesschulbehörde die Weiterführung der Förderschule Lernen an der Pestalozzische Schule Varel zu beantragen.
2. Bei Erreichen des Klassenteilers von 17 Schülern soll die Verwaltung sich dafür einsetzen, dass die andere Hälfte der Klasse am Standort Jever (Friedrich-Schlosser-Schule) geführt wird.
3. Falls 2 x 13 Schüler erreicht werden, soll die Verwaltung auch die Fortführung der Friedrich-Schlosser-Schule beantragen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Anm.:

Im Verlauf des TOP 13.1 erhält Frau EKR'in Vogelbusch die Nachricht seitens des Ministeriums, dass der Beschluss des Kreisausschusses vom 25. April 2018 ausreichend war. Ein Kreistagsbeschluss wird nun nicht mehr als erforderlich angesehen.

**TOP 6.2.2 Bürgerinformationsportal, Antrag KTA Chmielewski zur Freischaltung öffentlicher Vorlagen**

Auf die Beschlussfassung unter TOP 3.3.5 der Kreisausschuss-Sitzung vom 25.04.2018 wird verwiesen. Im Rahmen seines Selbstorganisationsrechts beschließt der Kreistag wie folgt:

**Beschluss:**

Die Freischaltung öffentlicher Vorlagen für das Bürgerinformationssystem erfolgt jeweils zwei Tage nach der Veröffentlichung im Kreistagsinformationssystem.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**TOP 6.3 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 09. Mai 2018**

**TOP 6.3.1 Finanzbericht zum 1. Quartal 2018**

Herr Landrat Ambrosy führt aus, dass sich nach Ablauf des 1. Quartals 2018 eine voraussichtlich positive Finanzentwicklung abzeichnet. Eine Berichterstattung wird im Juli 2018, also nach dem 2. Quartal, erfolgen. Aufgrund der allgemein guten Einnahmesituation konnte damit begonnen werden, die Defizite einzudämmen.

Ab dem 3. Quartal 2018 wird ein Resümee über die bis dato vorliegende Gesamteinnahmesituation und den Jahresverlauf gezogen. Im Dezember 2018 ist darüber zu entscheiden, wie ggf. mit verfügbaren Mitteln umgegangen werden soll.

**Beschluss:**

Der Kreistag nimmt das prognostizierte positive Ergebnis des Finanzberichtes des 1. Quartals 2018 zur Kenntnis.

## TOP 6.4 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 30. Mai 2018

### TOP 6.4.1 Vorstellung der Sportentwicklungsplanung des Landkreises Friesland (mdl. Ausführungen im SchulA vom 14.05.)

Herr Landrat Ambrosy ergänzt, dass die Handlungsempfehlung bereits im Masterplan Schulen enthalten und durch die Haushaltsberatung abgedeckt ist.

#### **Beschluss:**

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

### TOP 6.4.2 Änderung der Verpackungserfassung im Landkreis Friesland (UmwA 17.05.) Vorlage: 0427/2018

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 30.05.2018 – sh. dort TOP 3.1.2 – beschließt der Kreistag wie folgt:

#### **Beschluss:**

Eine einheitliche Wertstofffassung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen ist schnellstmöglich umzusetzen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei einer Enthaltung

Ja:	40
Nein:	-
Enthaltung:	1

## TOP 6.5 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 13. Juni 2018

### TOP 6.5.1 Beteiligung an den Betriebskosten der Kitas, a) Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/FDP vom 7. Mai 2018 sowie b) Antrag der Gruppe MMW/Die Linke vom 19. Mai 2018 (WTKF 04.06.)

Herr KTV Pauluschke gibt in seiner Funktion als Vorsitzender des WTKF aufgrund einer Irritation einen Hinweis zum WTKF-Protokoll – darin muss es geändert heißen: "...die Kreisumlage **für das Jahr 2018** steht nicht zur Debatte..." und nicht, dass die Kreisumlage allgemein nicht mehr zur Debatte steht.

(Diese Änderung wurde inzwischen in das WTKF-Protokoll aufgenommen).

Herr KTA Just hebt in seiner Wortmeldung besonders positiv die gute Finanzsituation des Landkreises und dessen Beteiligung an den Kita-Betriebskosten hervor. Gerade aufgrund des Haushaltsüberschusses plädiert er für ein finanzielles Entgegenkommen, auch bei der Kreisumlage, zur Entlastung der Städte und Gemeinden.

Herr KTA Homfeldt hebt die jährliche Unterstützung der Kommunen ebenfalls positiv hervor. Er möchte den Hinweis des KTV Pauluschke zur Kreisumlage im WTKF-Protokoll nicht als beschlossen stehen lassen. Die Änderungen zum Protokoll können bis zur nächsten WTKF-Sitzung beantragt werden, um diese vor Genehmigung nochmals aufzugreifen.

Herr KTA Chmielewski bezieht sich auf seinen Antrag, wonach eine Entlastung der Kommunen in Abhängigkeit der Finanzstärke des Landkreises erfolgen sollte. Hierfür wurden 1,4 Mio. Euro veranschlagt. Ihm ist es wichtig, dass weitere Überschüsse, die ggf. nach dem 3. Quartal darüber hinaus zur Verfügung stehen, ebenfalls für die Kitas eingesetzt werden und nicht für neue Begehrlichkeiten Verwendung finden. Er regt hierzu eine erneute Prüfung im Herbst 2018 an.

Frau KTA Schlieper stellt fest, dass die Verlässlichkeit des Landkreises unterstrichen werden kann, denn der Kreis hat seine Zusage durch den Einstieg in die Betriebskosten der Kitas eingehalten und somit einen Ausgleich zwischen Kommunen und Landkreis geschaffen. Die Lösungen sollen nach abschließender Übersicht und nach den nächsten Haushaltsberatungen zur Fortführung des Programmes entwickelt werden.

Herr KTA Ratzel entgegnet zu den Ausführungen von KTA Just, dass es dem Landkreis finanziell sehr gut gehe, dass die finanzielle Lage der Kommunen aber ähnlich sei. Es wurde beschlossen die 1,4 Mio. Euro der sog. "freien Spitze" für die Bezuschussung der Kita-Betriebskosten einzusetzen und jährlich zu garantieren. Dennoch müsse die Höhe der Beteiligung in jedem Jahr neu beraten werden. Dabei sei zu berücksichtigen, dass die Höhe der EWE- Ausschüttung von 6 Mio. Euro kein garantierter Betrag sei und möglicherweise künftig geringer ausfalle.

Herr KTA Kühne trägt eine Frage der Stadt Varel vor, die eine Verschiebung der geplanten Kita-Eröffnung vom 01.08.2018 auf den 15.09.2018 betrifft. Die Eröffnung erfolgt nach dem Stichtag 01.08.2018 und die Kita würde somit nicht mehr unter die Regelung fallen.

Herr Landrat Ambrosy widerlegt diese Mutmaßung damit, dass aufgrund von objektiven Gründen, die die Stadt selbst nicht zu vertreten hat, diese Kita dennoch unter diese Regelung der Kostenbeteiligung fallen würde. Allen anderen Kommunen werde man hierbei eine Gleichbehandlung zukommen lassen.

Herr KTA Just stellt klar, dass die Kitas zu den gesetzlichen Aufgaben des Landkreises gehören und die Wahrnehmung den Kommunen übertragen wurde. Hier sei es vom Landkreis angemessen, die Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen, auch aufgrund der Kostensteigerungen in den letzten 5 Jahren.

Herr Landrat Ambrosy stellt fest, dass es sich bei der beschlossenen Kostenbeteiligung um eine Gesamtsumme von über 1,6 Mio. Euro handelt. Einer Entlastung der Kommunen je nach Finanzkraft des Landkreises stimmt er grundsätzlich zu. Dementsprechend wurde die Kreisumlage in den letzten drei Jahren aufgrund der erhöhten Steuerkraftmesszahl in zwei Schritten von 54 Punkten auf 50 Punkte gesenkt. Im Jahr 2017 konnten mit einzelnen Maßnahmen 5,77 Mio. Euro Entlastung erzielt werden.

Aus dem Artikel des Bundes der Steuerzahler war nachzuvollziehen, dass der Landkreis trotz der angefallenen Investitionen und Sanierungen eine gute Finanzsituation verbuchen kann. Einer der Gründe sei der Sondereffekt durch die Einnahme von 6,5 Mio. Euro durch die EWE. Abgesehen von dieser Sonderzahlung ist es das Ziel des Landkreises Friesland, z. B. durch Ansiedlung von Unternehmen und Wirtschaftsfreundlichkeit aus eigener Kraft eine stabile Finanzsituation zu erreichen und somit auch eine Entlastung für die Städte und Gemeinden zu generieren.

KTV Pauluschke weist darauf hin, dass zwei Anträge an den Kreistag gestellt wurden, wobei sich der Antrag der Gruppe MMW/Linke durch die Modifizierung des Beschlusses erledigt hat.

### **Beschluss:**

Der Landkreis Friesland beteiligt sich im Jahr 2018 an den Betriebskosten der Kindertagesstätten in den Städten und Gemeinden nach folgendem Modell:

Für jeden besetzten Kita-Platz für über und unter dreijährige Kinder im Ganztage werden pro Jahr 700 Euro Zuschuss vom Landkreis gewährt, für jeden Halbtagsplatz wird ein Zuschuss von 350 Euro pro Jahr gewährt. Stichtag für die Anzahl der Plätze ist der 1.8.2018.

Den Kommunen wird der Zuschuss für die Folgejahre garantiert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

### **TOP 6.5.2 Zuschuss für Sandfahrmaßnahmen zur Strandaufspülung auf Wangerooge, hier: Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln (WTKF 04.06.) Vorlage: 0447/2018**

Herr Landrat Ambrosy erklärt, dass die außerplanmäßige Ausgabe dem Maßnahmenpaket zur Entlastung der Gemeinde Wangerooge zuzuordnen ist. Nach weiterer Prüfung durch das Land Niedersachsen wird der Gemeinde eine Bedarfszuweisung von über 200.000,00 Euro zugehen. Insgesamt wird das Maßnahmenpaket 300.000,00 Euro umfassen. Weiterhin wird der Landkreis Friesland gemeinsam mit dem Land anhand des 2011 geschlossenen Entlastungsvertrages prüfen, ob weitere Entlastungsmöglichkeiten bestehen.

Herr KTA Just hebt hervor, dass die Entlastung der Gemeinde Wangerooge sich vorzugsweise auf deren Kurstrand bezieht. Der Kurbeitrag von Übernachtungs- und Tagesgästen bezieht sich auf den wirtschaftlichen Erfolg.

Die Gemeinde Wangerooge sei berechtigt von den Gästen einen Kurbeitrag, insbesondere an ihrem speziellen Kurstrand und für die Nutzung von Einrichtungen, zu erheben. Dem entgegen bestünde seines Erachtens kein Recht, dieses von den Gästen entrichten zu lassen, die sich die Landschaft und die Vogelwelt anschauen sowie über die Insel flanieren wollen. Dieses Recht stehe jedermann kostenlos zu, sei im Betretungsrecht des Bundesnaturschutzgesetzes geregelt und leite sich aus dem Art. 2 Grundgesetz (Allgemeine Handlungsfreiheit) ab. Er regt an hierzu mit der Gemeinde Wangerooge ins Gespräch zu treten.

Herr KTV Pauluschke kommt auf die zu beschließende überplanmäßige Ausgabe zurück und leitet die Abstimmung ein.

Herr KTA Osterloh bedankt sich im Namen des Rates der Gemeinde Wangerooge für die Unterstützung des Landkreises Friesland, insbesondere für die Strandaufspülungsmaßnahmen, aber auch für die Unterstützung bei den Maßnahmen wie Feuerwehr und Kindergarten. Die Kurbeiträge seien unabdingbar für einen Kurort und stellen einen Stützpfeiler der Finanzen für die Insel dar.

### **Beschluss:**

Der Gemeinde Nordseeheilbad Wangerooge wird für Sandfahrmaßnahmen für die Strand-  
aufspülung auf Wangerooge aus Kreismitteln eine Zuwendung (Zuweisung) in Form einer  
Festbetragsfinanzierung in Höhe von 100.000,00 Euro für das Jahr 2018 gewährt.

Der außerplanmäßigen Ausgabe von 100.000,00 Euro wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

### **TOP 6.5.3 Europawahl 2019, Benennung der Kreiswahlleitung und Stellvertre- tung Vorlage: 0451/2018**

Auf die Ausführungen zu TOP 4.1.4 der Kreisausschuss-Sitzung vom 13.06.2018 wird ver-  
wiesen.

### **Beschluss:**

Die Ernennung der Ersten Kreisrätin Silke Vogelbusch zur Kreiswahlleiterin und von Kreis-  
verwaltungsoberrat Reent Janßen als stellv. Kreiswahlleiter für die Europawahl 2019 wird zur  
Kenntnis genommen.

### **TOP 6.5.4 Betrauungsakt für die Rettungsdienst Friesland gGmbH Vorlage: 0453/2018**

### **Beschluss:**

1. Der in der Anlage beigefügte Betrauungsakt für die Rettungsdienst Friesland gGmbH  
wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, künftig Änderungen sowie Verlängerungen des abge-  
schlossenen Betrauungsaktes vorzunehmen, soweit dies einer erkennbaren rechtssiche-  
ren bzw. rechtskonformen Betrauung dient.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **TOP 6.5.5 Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Rettungsdienst Friesland gGmbH Vorlage: 0452/2018**

### **Beschluss:**

Vorbehaltlich der Genehmigung des Nds. Ministeriums für Inneres und Sport wird der Über-  
nahme einer Bürgschaft von maximal 1.300.000 € zu Gunsten der Rettungsdienst Friesland  
gGmbH für die Finanzierung der Rettungswache Wangerooge zugestimmt.

### Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.5.6** Teilnahme des Landkreises Friesland am Pilotprojekt "Fachgutachten kommunale Wärmeplanung für die Raumordnung" in Kooperation mit dem Landkreis Wittmund und der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN)  
**Vorlage: 0455/2018**

### Beschluss:

1. Dem vorgeschlagenen Projekt wird zugestimmt.
2. Der Kooperation mit dem Landkreis Wittmund wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kooperationsvereinbarung mit der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen – KEAN - und dem Landkreis Wittmund abzuschließen.

### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja:	38
Nein:	3

**TOP 6.5.7** Umbau und Sanierung der WC-Anlagen im Oberstufengebäude der IGS Friesland-Nord, hier: Genehmigung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln  
**Vorlage: 0456/2018**

Frau KTA Sudholz erklärt, die CDU Fraktion könne dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, da die Kosten erst in der zweiten Planungsphase angefallen seien; aber vor allem nicht, weil laut Aussage der Schulleitung der OBS Sande keine Gespräche stattgefunden haben und sich nicht mit der Schulleitung ins Benehmen gesetzt wurde. Für die Kosteneinsparung wurden die Maßnahmen des Sonnenschutzes an der OBS Sande lt. Vorlage "auf ein Mindestmaß reduziert". Der Sonnenschutz wird von der Schule dringend benötigt. Vor diesem Hintergrund wird, so Frau Sudholz, der Antrag gestellt, diesen TOP zurückzugeben in den Fach- oder Kreisausschuss und klar zu definieren, was es heißt, die Sonnenschutzmaßnahme auf ein Mindestmaß zurückzustellen. Dazu ist eine Stellungnahme der Schulleitung einzuholen.

Herr Dr. Dehrendorf berichtet, die Verwaltung habe mit der Schulleitung im Detail die erforderlichen Beschaffungsmaßnahmen besprochen. Entsprechend werden die Maßnahmen umgesetzt. Die tatsächlichen Kosten für den Sonnenschutz liegen nunmehr unterhalb der Schätzung. Es gab aus Sicht der Verwaltung keine Veranlassung, die Schule über die Verwendung der dadurch freien Mittel besonders zu informieren.- In einem Gespräch der Verwaltung mit der Schulleitung konnte das entstandene Missverständnis zwischenzeitlich ausgeräumt werden.

Frau KTA Sudholz begrüßt die Umsetzung der Sonnenschutzmaßnahmen, bemängelt jedoch, dass die Sitzungsvorlage dem nicht entspricht und deswegen keine Zustimmung erfolgen kann. - Herr Landrat Ambrosy erklärt, dass die Beschlussreife für diesen TOP gegeben ist, da die geplanten Maßnahmen für beide Schulen (IGS Friesland und OBS Sande) umgesetzt werden sollen. Wenn der Beschluss heute nicht gefasst wird, würde es zu einer zeitlich starken Verzögerung kommen, die ggf. zur Folge hätte, dass die Maßnahme nicht umsetzbar wird. Hier handelt es sich lediglich um eine Umschichtung der Kosten. Eine missverständliche Formulierung möge verziehen werden.

Herr KTV Pauluschke weist darauf hin, dass es hierbei lediglich um die Entscheidung über die überplanmäßigen Kosten in Höhe von 71.000,00 Euro für die IGS Friesland geht.

Frau KTA Schlieper bestätigt die regelmäßig praktizierte Vorgehensweise, Mehrkosten einer Maßnahme durch Minderkosten einer anderen Maßnahme zu decken. Die Kommunikation mit der Schule habe leider zu Irritationen geführt. Im Interesse einer Umsetzung der Maßnahmen noch in den Ferien sei heute die Beschlussfassung erforderlich.

Abteilungsleiter Dr. Dehrendorf bestätigt die Gespräche mit der Schulleitung, die sich mit der Reduzierung der Sonnenschutzmaßnahmen auf das vereinbarte Maß einverstanden gezeigt habe.

Herr Landrat Ambrosy erklärt, im Ergebnis der heutigen Erläuterung sei eine Beschlussfassung möglich, andernfalls sei eine Verschiebung der erforderlichen Maßnahmen die Folge.

Frau KTA Sudholz zieht ihren Antrag zurück, verbunden mit der Bitte, die Aussage der Verwaltung zum Gespräch mit der Schulleitung möge protokolliert werden.

#### **Beschluss:**

Der Leistung der überplanmäßigen Ausgaben von 71.000 Euro für den Umbau und die Sanierung der WC-Anlagen im Oberstufengebäude der IGS Friesland Nord wird zugestimmt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

Ja:	35
Nein:	5
Enthaltung:	1

**TOP 6.5.8**      **Neubau des B-Traktes am Mariengymnasium Jever, hier: Ermächtigung des Kreisausschusses zur Vergabe der Rohbauarbeiten**  
**Vorlage: 0457/2018**

Landrat Ambrosy erklärt, es werde gebaut wie im Bauausschuss des Kreistages besprochen. Mit dem an der Schule angesiedelten Bauausschuss seien alle noch bestehenden Fragen geklärt worden.

Dem Votum des Kreisausschusses wird gefolgt.

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss wird ermächtigt, den Auftrag für die Rohbaubauarbeiten zum Neubau des B-Traktes am Mariengymnasium Jever nach Prüfung (RPA/Vergabestelle/Gebäudemanagement) an den wirtschaftlich günstigsten Bieter vergeben zu dürfen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP**        **Neubau des B-Traktes am Mariengymnasium Jever,**  
**6.5.9**        **hier: Ermächtigung des Kreisausschusses zur Vergabe der Elektro-**  
                 **arbeiten**  
                 **Vorlage: 0458/2018**

Es erfolgt die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss wird ermächtigt, den Auftrag für die Elektrobauarbeiten zum Neubau des B-Traktes am Mariengymnasium Jever nach Prüfung (RPA/ Vergabestelle/ Gebäude-management) an den wirtschaftlich günstigsten Bieter vergeben zu dürfen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP**        **Sachspende von Schulsportsponsoring Deutschland, Inh. Sabrina**  
**6.5.10**      **Suchentrunk e.K., Brunngasse 10, 94032 Passau**  
                 **Vorlage: 0462/2018**

Der Kreistag folgt der Empfehlung des Kreisausschusses:

**Beschluss:**

Die Sachspende in Höhe von 3.385,- € von Schulsportsponsoring Deutschland wird angenommen und sachgerecht verwendet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP**        **Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finan-**  
**6.5.11**      **zen, hier: Wechsel im Vorsitz**

Die Gruppe SPD/GRÜNE/FDP hat mitgeteilt, dass Herr KTA Pauluschke den Vorsitz des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen abgeben möchte. Er verbleibt als Mitglied im Ausschuss.

Kreistagsabgeordnete Schlieper teilt mit, die Gruppe SPD/Grüne/FDP schlage KTA Uwe Osterloh als neuen Vorsitzenden vor. - Der Kreistag beschließt wie folgt:

**Beschluss:**

Kreistagsabgeordneter Uwe Osterloh wird zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**TOP 6.5.12 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen, hier: Neubesetzung durch SPD/Grüne/FDP sowie Austausch zwischen JuPa-Mitgliedern- Feststellungsbeschluss**

Kreistagsabgeordnete Schlieper teilt mit, infolge des Wechsels im Vorsitz – sh. TOP 6.5.11 – wird KTA Uwe Osterloh neues Ausschussmitglied; KTA Raimund Recksiedler wird den Ausschuss verlassen.

Ferner erfolgt ein Austausch der Positionen der beiden JuPa Mitglieder Lukas Becke (neu: beratendes Mitglied) und Wilko Müller (neu: stellv. beratendes Mitglied). –

**Beschluss:**

Der Kreistag stellt die nachstehende neue Besetzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen fest:

**Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus,  
Kreisentwicklung und Finanzen**  
(11er-Ausschuss)

(Sitzverteilung: SPD/ GRÜNE/ FDP: **6**, CDU: **3**, ZV/ SWG/ UWG: **1**,  
AfD: **1**, MMW/Die Linke: Grundmandat)

**Mitglied**

1. KTA **Uwe Osterloh** \*)
2. KTA Dieter Janßen \*\*)
3. KTA Dörthe Kujath
4. KTA Bernd Pauluschke
5. KTA Martina Esser
6. KTA Gerhard Ratzel

7. KTA Axel Homfeldt
8. KTA Lars Kühne
9. KTA Dirk Zillmer

10. KTA Alfred Müller
11. KTA Stephan Zerth

**Vertreter**

KTA Olaf Lies  
KTA Fred Gburreck  
KTA Michael Ramke  
KTA Diedrich Loers  
KTA Wilhelm Wilken  
stv. LR Reinhard Onnen-Lübben

KTA Melanie Sudholz  
KTA Thorsten Krettek  
KTA Dieter Behrens-Focken

KTA Heiner Haesihus  
KTA Britta Zerth

**Grundmandate/beratend:**

12. KTA Iko Chmielewski

KTA Agnes Wittke

**beratende Mitglieder des Jugendparlamentes (JuPa):**

Lukas Becke

Wilko Müller

\*) Vorsitzender

\*\*) stv. Vorsitzender

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

(Die Liste der Fachausschüsse des Kreistages steht mit Stand 29.06.2018 gem. KT 27.06.2018 online und im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung)

## **TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

. / .

## **TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse**

TOP 8.1 Ausschuss für Arbeit und Soziales vom 17. April 2018

TOP 8.2 Jugendhilfeausschuss vom 03. Mai 2018

TOP 8.3 Ausschuss für Schule, Sport und Kultur vom 14. Mai 2018

TOP 8.4 Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 17. Mai 2018

TOP 8.5 Ausschuss für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom 24. Mai 2018

TOP 8.6 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 04. Juni 2018

Es wurden keine Anfragen gestellt.

## **TOP 9 Informationen aus dem Jugendparlament**

Landrat Ambrosy berichtet, das Jugendparlament habe anlässlich seiner Klausurtagung ein Jahresprogramm verfasst, das man im Kreistagsinformationssystem hinterlegen werde. Engagement und Ideen der JuPa-Mitglieder seien beeindruckend. Nunmehr seien auch Gespräche mit den Städten und Gemeinden begonnen worden, um Kontakte zu den Räten und ggf. den Jugendparlamenten zu schaffen. – Der Presse könne nur empfohlen werden, die Arbeit des JuPa Friesland zu begleiten und darüber zu berichten.

Der Kreistag nimmt Kenntnis.

## **TOP 10 Mitteilungen des Landrates**

### **TOP 10.1 Ausweichtermin für die Kreistagssitzung am 26. September 2018**

Herr Landrat Ambrosy richtet seine Bitte an die Kreistagsabgeordneten, die Sitzung des Kreistages am 26. September 2018 auf den 18. Oktober 2018 aus persönlichen Gründen (Urlaub LR nicht vorher möglich) zu verschieben und seine Abwesenheit für den September-Kreistag ggf. zu entschuldigen. Die Vertretung der Verwaltung wird sichergestellt sein.

Herr KTA Müller widerstrebt die Verschiebung der Sitzung, da er am 18. Oktober 2018 nicht an der Sitzung teilnehmen könne. Er führt an, dass er sich bei seiner Terminplanung an den

frühzeitig festgelegten Sitzungsterminen orientiert habe und deshalb eine kurzfristige Verschiebung nicht gutheißen kann.

Herr KTV Pauluschke verweist informatorisch auf die Niedersächsische Kommunalverfassung (NKomVG). Diese sieht vor, dass **der Landrat** die Termine der Kreistagssitzungen festlegt und dazu einlädt; einer Beschlussfassung bedarf es nicht.

Herr KTA Just spricht sich für die Akzeptanz der Verschiebung des Sitzungstermins aus.

Herr KTV Pauluschke überlässt dem Landrat die Entscheidung, wie verfahren werden soll.

(Anm.: Die Kreistagssitzung wurde auf den 18. Oktober 2018 verschoben.)

## **TOP 10.2      Sonder-WTKF "Einbringung Haushalt 2019"**

Auf Anregung der Fraktionen macht Herr Landrat Ambrosy den Vorschlag einen Sonder-WTKF zur Haushaltsberatung 2019 für den 6. November 2018 anzusetzen. Dieser soll vor der ersten Lesung zur Information und Vorstellung des Haushaltsentwurfes dienen.

Herr KTV Pauluschke rät an, die Sitzung in Form einer **Interfraktionellen Sitzung** durchzuführen. Der Aufforderungscharakter sei wirksamer, als ein Sonder-WTKF, so dass sich mehr KTA zur Teilnahme berufen fühlen.

## **TOP 10.3      Einführung des Niedersachsentickets, hier: Aktueller Stand**

Landrat Ambrosy teilt mit, man befinde sich in der Endphase der Gespräche mit den Busunternehmen. Mit der niedersächsischen Tarifarbeitsgemeinschaft sei noch eine Besprechung erforderlich. Die Landkreise seien fest entschlossen, ab dem 1. Januar 2019 das Niedersachsenticket auf der gesamten ostfriesischen Halbinsel einzuführen.

## **TOP 10.4      NeuConnect Ltd. - HGÜ Kabelverbindung Deutschland - Vereinigtes Königreich**

Die Gesellschaft NeuConnect Ltd. plant die Verbindung des deutschen und britischen Energiemarktes mit einem Hochspannungskabel. Die Entscheidung des Amtes für regionale Landesentwicklung bezüglich der Erforderlichkeit eines Raumordnungsverfahrens liegt nunmehr vor. Die Gesamtinformation dazu wird dem Protokoll beigefügt. Im WTKF wurde laufend über die Maßnahme berichtet.

## **TOP 11      Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten**

Keine.

## **TOP 12   Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung**

### **TOP       Zugang zum Strand Hooksiel über den oberen Hafeparkplatz: 12.1       Anfrage KTA Just**

KTA Just bezieht sich auf eine Mitteilung des Landrates vom 22. Juni 2018 betr. Strandeintritt in der Gemeinde Wangerland und stellt dazu folgende Nachfragen:

- Aus welchen Gründen fehlender Verkehrssicherheit wird der Zugang vom oberen Hafeparkplatz in Hooksiel nicht freigegeben?
- Wer ist für die Verkehrssicherheit zuständig?

Im Grunde müsse, so Herr Just, die Zuständigkeit der Gemeinde Wangerland vorliegen. Sie habe Vereinbarungen mit dem Deichband hinsichtlich der Wegeunterhaltung abgeschlossen und müsse nach Wiederherstellung der Verkehrssicherheit den Zugang lt. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts freigeben. Möglicherweise werde eine Verkehrsunsicherheit darin gesehen, dass die Gemeinde in 2013 unzulässigerweise einen Zaun gesetzt hat und der Weg nun mit Gras überwuchert sei.

Landrat Ambrosy erklärt, er informiere quasi als "Berichterstatter" aus den Gesprächen. Er verweist auf die Zuständigkeit des III. Oldenburgischen Deichbandes als Eigentümer des Deiches; der Zaun sei rechtmäßig errichtet worden. Entscheidendes Kriterium für eine Nichtöffnung des Zuganges auf Höhe des oberen Hafeparkplatzes sei die Tatsache, dass sich bedingt durch den großen Parkplatz ein ständiger Autoverkehr (An- und Abfahrt, Rangieren von Fahrzeugen) und damit eine dauerhaft unübersichtliche Verkehrssituation ergibt. Deichband und Gemeinde sehen übereinstimmend eine Gefahr für die vielen am Strand befindlichen Kinder darin, dass sie durch ein Tor auf Höhe des Hafeparkplatzes auf die stark befahrene Straße geraten könnten und damit einer hohen Gefährdung ausgesetzt wären.

Die beiden derzeit bestehenden Zugänge zum Strand liegen, so der Landrat, nach seiner Einschätzung in zumutbarer Nähe. Das Anliegen des Eigentümers, von einem Zugang auf Höhe des oberen Hafeparkplatzes abzusehen, sei vor diesem Hintergrund aus seiner Sicht sehr gut nachvollziehbar.

### **TOP       Strandeintritt für den Strand Schillig, Parkautomat - Anfrage KTA Just 12.2**

KTA Just bezieht sich auf seine Mail vom 27. Mai 2018 (sh. Anlage). In Schillig werde immer noch unzulässigerweise Strandeintritt erhoben über die Parkautomaten. Das Ticket werde "Strandservicekarte" genannt. Der Strandeintritt wurde lt. Gerichtsurteil für unzulässig erklärt. Trotzdem wird das Entgelt in gleicher Höhe nach wie vor erhoben, so Herr Just. Offiziell wird der Beleg nun als "Parkticket" bezeichnet; hierfür gebe es jedoch keinen Beschluss der Gesellschafter noch einen Beschluss der Gemeinde, die über Parkgebühren der WTG entscheiden müsste. Auch in der Presse gebe es keinerlei Informationen über eine Änderung. Nach wie vor werde somit auch heute unzulässigerweise Strandeintritt an den Kassenautomaten erhoben.

Er habe den Landrat bzw. die Untere Naturschutzbehörde um ein Einschreiten bzw. um eine Stellungnahme gebeten, so Herr Just. Er bitte um einen aktuellen Sachstand.

Landrat Ambrosy verweist auf die Zuständigkeit der Gemeinde Wangerland bzw. der WTG. Der "Zugang" zu freier Natur und Landschaft dürfe tatsächlich nicht mit einer Gebühr oder dergl. belegt werden. Hierzu habe man sich mit der Gemeinde verständigt. "Zugang" bedeute

für Autofahrer jedoch kein Recht auf freies Parken. Es sei nicht nachvollziehbar, dass Wangerländer Bürger mit ihren Steuergeldern die Parkplätze subventionieren sollten. Im Übrigen seien Parkgebühren in Städten und Gemeinden gängig und akzeptiert.

Bei Bereitstellung einer Infrastruktur im Vordergrund von freier Natur und Landschaft könne jeder darüber entscheiden, ob sie/er z. B. Parkplätze in Anspruch nehmen wolle.

Wenn eine Gemeinde mit relativ geringer Einwohnerzahl (z. B. Wangerland und Wangeroo-ge) eine Infrastruktur für ein Vielfaches der Bevölkerung bereitstellen müsse, so müsse sie auch in der Lage sein, für die Nutzung ein Entgelt zu erheben. Der Landkreis sehe somit die Bezahlung eines Parktickets in Schillig nicht als rechtswidrig an, weil es dem freien Zugang zu Natur und Landschaft nicht im Wege stehe. Jedem sei es freigestellt, ggf. das Fahrrad zu nutzen.

KTA Just bittet um einen Bescheid des Landkreises, um ggf. ein Rechtsmittel einlegen zu können. Landrat Ambrosy verweist nochmals auf die Nichtzuständigkeit des Landkreises Friesland. Eine Klage gegen einen Brief mit Darstellung der geschilderten Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht würde durch das Verwaltungsgericht unter Hinweis auf Unzuständigkeit des Landkreises zurückgewiesen werden.

Ein beklagbarer Bescheid sei in dieser Angelegenheit nur durch Gemeinde Wangerland bzw. WTG zu erhalten.

## **TOP 13 Anregungen und Beschwerden**

### **TOP 13.1 Bereitstellung von Dolmetschern in Schulen des Landkreises Friesland (Frau KTA Sudholz)**

Frau KTA Sudholz hinterfragt, inwiefern der Landkreis die Schulen hinsichtlich der Bereitstellung von Dolmetschern unterstützt; im konkreten Fall sei bei einem Kind, das die Oberschule besucht, ein Förderbedarf festgestellt worden. Nun gebe es die sprachliche Barriere, den Eltern, die der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind, die Situation zu vermitteln. Erste Kreisrätin Vogelbusch berichtet, die Landesschulbehörde sei zuständig. Die Schule erhalte für solche Zwecke entsprechende Landesmittel bzw. müsse sich mit dem Land abstimmen. Der Landkreis habe bereits angeboten, dass seine Anlage zum Video-Dolmetschen in Anspruch genommen werden könne – allerdings in Räumen des Landkreises, da nur die hiesigen Rechner einsetzbar seien. – Dieses Angebot sei nicht angenommen worden. Insofern müsse diese schulinterne Angelegenheit von der Schule selbst mit der Landesschulbehörde geklärt werden.

Frau Sudholz erbittet, diese Problemlage an den Schulen zu eruieren und einen Sachstandsbericht dazu im Schulausschuss zu geben. – Erste Kreisrätin Vogelbusch signalisiert, die Verwaltung werde Kontakt zur Landesschulbehörde als zuständige Stelle aufnehmen, um von dort einen Überblick über die Thematik zu erhalten. Eine Antwort werde man den Kreistagsmitgliedern zukommen lassen.

---

Soeben erhalte sie zur Thematik "Förderschule Lernen" die Nachricht, so Frau Vogelbusch, dass der Kreisausschuss-Beschluss vom 25.04.2018 ausreichend gewesen wäre. Der Kreistagsbeschluss unter TOP 6.2.1 wäre somit entbehrlich gewesen.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke schließt die öffentliche Sitzung um 15.37 Uhr.

gez. Bernd Pauluschke  
Kreistagsvorsitzender

gez. Sven Ambrosy  
Landrat

gez. Britta de Vries  
Protokollführer/in